

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Stadt Fürth - Gebäudewirtschaft - Neubau / Gebäudeunterhalt

Hirschenstraße 2

Fürth

90762

Deutschland

Kontaktstelle(n): Stadt Fürth - Rf. V - Zentrale Vergabestelle

Telefon: +49 911974-3131

E-Mail: vergabestelle@fuerth.de

Fax: +49 911974-3139

NUTS-Code: DE253

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://my.vergabe.bayern.de>

Adresse des Beschafferprofils: <https://my.vergabe.bayern.de>

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Stadt Fürth, Generalsanierung Helene-Lange-Gymnasium, Objektplanung Gebäude gem. § 34 HOAI 2013

Referenznummer der Bekanntmachung: 17-0056

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71200000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Stadt Fürth plant die Generalsanierung und Erweiterung des Helene-Lange-Gymnasiums. Neben der Generalsanierung des Bestandsgebäudes aus den 70er Jahren (inkl. Teilabriss und Wiederaufbau) sind 2 Erweiterungsneubauten sowie notwendige Ersatzcontainer für die Bauzeit zu planen. Hierfür sind die Architektenleistungen der Objektplanung Gebäude gem. § 34 HOAI (2013) zu vergeben.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE253

Hauptort der Ausführung:

Tannenstraße 19 - 20

90762 Fürth

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Die Stadt Fürth plant die Generalsanierung und Erweiterung des Helene-Lange-Gymnasiums.

Das Helene-Lange-Gymnasium (HLG) liegt zusammen mit drei weiteren Schulen in einem Schulzentrum südlich vom Stadtpark in Fürth. Die Leopold-Ullstein-Realschule, die Grundschule Maistraße sowie die Otto-Seeling-Mittelschule liegen in unmittelbarer Nachbarschaft zum Helene-Lange-Gymnasium. Im gesamten Schulzentrum sind ca. 2.900 Schüler zzgl. Lehrer und Schulpersonal anwesend. Zum Teil werden die Einrichtungen des HLG gemeinsam genutzt (z. Bsp. Schulhof, Mensa).

Das Helene-Lange-Gymnasium besteht aus mehreren Gebäuden bzw. miteinander verbundenen Gebäudeteilen: Altbau (denkmalgeschützt), Stahlbetonbau aus den 70er Jahren), Sporthalle, Tiefgarage und Technikräume in Untergeschossen (unter Neubau und Sporthalle), Dachaufbau „Ufo“.

Die geplanten Maßnahmen umfassen folgende Bereiche:

Erweiterungsneubau 1:

- NUF 1-6 = 760 m², mit Rückbau eines bestehenden Pavillons mit vier Klassenzimmern

Erweiterungsneubau 2:

- NUF 1-6 = 1.130 m²,

Ersatzcontainer über den Sanierungszeitraum für ca. 30 Klassen als Mietcontainer

Sanierung Stahlbetonbau inkl. Mensa:

- NUF = 6.040 m² (davon 400 m² Mensa)

Sanierung Turnhalle:

- NUF = 1.300 m²,

Sanierung Tiefgarage und Technikräume in Untergeschossen:

- NGF = 4.647 m²,

Die Sanierung erfolgt im laufenden Schulbetrieb der angrenzenden Gebäudeteile und Schulgebäude im Schulzentrum.

Die Generalsanierung beinhaltet die energetische Sanierung, Brandschutz-, Technik- und Modernisierungsmaßnahmen sowie den Teilabriss und Wiederaufbau des Gebäudes (Erdgeschoss bis 3. OG).

Die Gesamtprojektlaufzeit umfasst voraussichtlich 9 Jahre

Ziel dieses Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb und Lösungsvorschlag ist die Vergabe der Objektplanung Gebäude gem. § 34 HOAI (2013) i. V. mit Anlage 10.1: Leistungsphasen 1-9.

Geplante Auftragsvergabe: I. Quartal 2018

Geplanter Baubeginn: 2019 (Erweiterungsneubauten), 2021 (Sanierung)

Ziel der baulichen Fertigstellung: 2021 (Erweiterungsneubauten), 2026 (Sanierung)

Mit der Leistungserbringung ist sofort nach Auftragserteilung zu beginnen.

Die Beauftragung erfolgt stufenweise vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Zustimmung und sofern kein wichtiger Grund der Beauftragung entgegensteht.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) Geschätzter Wert

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/01/2018

Ende: 31/12/2027

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
siehe Eignungsmatrix (Anlage)

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Mit Abschluss des Vertrags werden die Leistungsphasen 1-4 beauftragt. Die Leistungsphasen 5, 6-7 und 8 sowie die besonderen Leistungen sollen optional beauftragt werden, vorbehaltlich des Vorliegens der Haushaltsmittel. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsphasen besteht nicht. Ebenso besteht kein Rechtsanspruch auf Weiterbeauftragung nach Erbringung erster Leistungsphasen.

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 und 124 GWB.

2.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG.

3.) Nachweise der geforderten Qualifikation des Bewerbers (Büro); vgl. auch Ziffer III.2.1):

Sofern es sich beim Bewerber um eine juristische Person handelt, ist die Qualifikation des benannten verantwortlichen Berufsangehörigen nachzuweisen, § 75 Abs. 3 VgV.

Zugelassen werden (Diplom/Master)-Ingenieure (FH/Univ.) der Fachrichtung Architektur/Bauingenieurwesen oder vergleichbare Qualifikationen.

4.) Erklärung der Bereitschaft zur Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die folgenden Eignungskriterien werden auf entsprechenden Formblättern abgefragt. Sie müssen zwingend vom Bewerber ausgefüllt und rechtskräftig unterschrieben dem Teilnahmeantrag beigelegt werden.

1. Nachweis über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV. Deckung der Berufshaftpflichtversicherung muss gewährleistet sein bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut für Personenschäden 3.000.000 EUR und für sonstige Schäden 3.000.000 EUR jeweils zweifach maximiert im Versicherungsjahr. Im Falle einer bestehenden Versicherung mit geringerer Versicherungssumme ist zusätzlich eine Eigenerklärung vorzulegen, dass die Summen im Auftragsfall mindestens bis zu den geforderten Summen angehoben werden. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft müssen die Unterlagen für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft einzeln eingereicht werden. Der Nachweis der entsprechenden Berufshaftpflichtversicherung muss erst zur Auftragserteilung vorgelegt werden.

2. Verbindliche Erklärung gemäß § 45 Abs.1 Nr. 1 und Abs. 4 VgV über den Gesamtumsatz des Bewerbers (brutto) und den Umsatz für entsprechende Leistungen (brutto) in den letzten 3 Geschäftsjahren in EUR.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

500.000 EUR brutto durchschnittlicher Jahresumsatz für entsprechende Leistungen im Bereich der Objektplanung Gebäude gemäß § 34 HOAI (2013).

Bei Bewerbergemeinschaften wird die Summe des durchschnittlichen Jahresumsatzes entsprechender Leistungen gebildet.

Gewichtung des Kriteriums Durchschnittlicher Jahresumsatz (brutto) für entsprechende Leistungen der Objektplanung Gebäude gemäß § 34 HOAI 2013 in den letzten 3 Jahre (bei Bewerbergemeinschaften Umsatz der Mitglieder in Summe): 12,5%

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Erklärung nach § 46 Abs. 3 VgV, aus der das jährliche Mittel der vom Bewerber beschäftigten Mitarbeiter, die Anzahl der Führungskräfte sowie die Anzahl an mit der Ausschreibung entsprechenden Leistungen betrauten fest angestellten Architekten/Ingenieure (Diplom/Master) in den letzten drei Geschäftsjahren ersichtlich ist.

Mindestanforderung an die Bewerbung (Ausschlusskriterium):

Fünf mit entsprechenden Leistungen im Bereich der Objektplanung Gebäude gemäß § 34 HOAI (2013) betraute fest angestellte Architekten/Ingenieure (Diplom/Master, kaufmännisches Auf- und Abrunden von Dezimalzahlen).

Bei Bewerbergemeinschaften wird die Summe aus dem jährlichen Mittel der festangestellten mit vergleichbaren Leistungen betrauten Architekten/Ingenieure (Diplom/Master) gebildet.

2. Darstellung von bis zu drei Referenzen (A-C) nach § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV für in den letzten 10 Jahren erbrachte vergleichbare Leistungen. Die Maximalpunktzahl kann nur erreicht werden wenn drei Referenzen eingereicht werden.

Für die eingereichten Referenzen gelten folgende Bedingungen, die Nichteinhaltung führt zum Ausschluss der jeweiligen Referenz:

- Der Referenzbogen ist jeweils vollständig auszufüllen. Geforderte Anlagen sind beizulegen.

- Jede Referenz muss in Form von aussagekräftigen Bildern und Beschreibungen belegt werden. Hierbei ist die Darstellung je Referenzprojekt auf max. 2 DIN A4 Blätter zu beschränken. Unterlagen, die unaufgefordert eingereicht werden, gehen nicht in die Wertung ein (z. B. Projektbroschüren).

- Benennung des Projektleiters und der mit der örtl. Bauüberwachung betrauten Person.

- Angabe eines Ansprechpartners des Auftraggebers für etwaige Rückfragen (Bezeichnung, Anschrift, Kommunikationsdaten).

Mindestanforderungen an die Referenzen A-C (Ausschlusskriterien):

Die folgenden Anforderungen werden an die Referenzen A, B und C gemeinsam gestellt. Es handelt sich hierbei um K.O.-Kriterien, die Nichteinhaltung führt zum Ausschluss der Bewerbung am weiteren Verfahren.

- Mindestens eine Referenz muss für einen öffentlichen Auftraggeber gem. § 98 GWB ausgeführt worden sein.

- Mindestens eine Referenz muss eine Sanierungsmaßnahme sein.

- Mindestens eine Referenz muss ein Gebäude mit vergleichbarer Nutzung (Schul-/Hochschulbau) sein.

- Mindestens eine Referenz muss abgeschlossen sein, d. h. die Übergabe an den Nutzer muss bereits erfolgt sein.

Weiterhin werden folgende Mindestanforderungen an jede einzelne der Referenzen A, B und C gestellt. Die Nichteinhaltung führt zum Ausschluss der jeweiligen Referenz:

- Angabe des beauftragten Leistungsumfangs, Mindestanforderung: Die Leistungsphasen 2-3 und 5-8 gemäß § 34 HOAI 2013 müssen beauftragt sein.

- Angabe des Leistungsstands, Mindestanforderung: Die LPH 5 gem. § 34 HOAI 2013 muss begonnen haben.

- Angabe der Bauwerkskosten (brutto) gemäß § 34 HOAI (2013), Mindestanforderung: Bauwerkskosten (KG 300 und 500.000 EUR (brutto).

- Angabe des Alters der Referenz, Mindestanforderung: Die Referenz darf nicht älter als 10 Jahre sein, d. h. die Übergabe an den Nutzer muss nach dem 01.07.2007 erfolgt sein.

Die Bewertung der Referenzen erfolgt bei Erfüllung der Mindestanforderungen anhand folgender Wertungskriterien:

- Art des Auftraggebers (privater AG, öffentlicher AG),

- Art der Maßnahme (Neubau, Sanierung oder Umbau, Sanierung mit Neubau),

- Art der Nutzung (Sonstiges, Schul-/Hochschulbau),

- Bauwerkskosten (brutto) der KG 300+400 gemäß § 34 HOAI 2013,

- Größe des Referenzprojekts anhand der Nutzfläche 1-6

Zusatzpunkte:

- Sanierung im laufenden Betrieb

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Die Wertung erfolgt nur, wenn die Maßnahme eindeutig beschrieben ist. Referenzen, die als verantwortliche/r Projektleiter/in in einem früheren Arbeitsverhältnis erbracht wurden, werden gewertet, falls eine entsprechende schriftliche Bestätigung des ehemaligen Arbeitgebers oder des Auftraggebers vorliegt.

Gewichtung des Kriteriums Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter in den letzten 3 Jahren (bei Bewerbungsgemeinschaften Anzahl der Mitarbeiter der Mitglieder in Summe): 12,5%

Gewichtung der Referenzen (jeweils 25%): Gesamt 75%.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

1. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
Die Vergütung erfolgt unter Zugrundelegung der Honorarvorschriften der HOAI 2013.

2. Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
 Bietergemeinschaften sind zulässig. Mit der Bewerbung ist eine Erklärung über die Rechtsform, den bevollmächtigten Vertreter sowie über die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder vorzulegen. Bietergemeinschaften müssen sämtliche geforderte Nachweise für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft vorlegen. Nachunternehmer müssen keine eigene Versicherung nachweisen.
 Die Leistungsabgrenzung innerhalb der Bietergemeinschaft ist darzustellen.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag:

Ortszeit:

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag:

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlussstermin für den Eingang der Angebote)

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

1. Bewerbungen sind mittels vorgegebener Vordrucke inklusive aller geforderter Nachweise zweifach auf Daten-CDs und in Papierform rechtsverbindlich im Original unterschrieben einzureichen. (Ausschlusskriterium)
 Bewerbungen per E-Mail und/oder Telefax werden nicht berücksichtigt.
2. Eingereichte Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber.

3. Im Falle von Bewerbergemeinschaften, bei Unternehmen nach § 36 VgV oder § 47 VgV sind die unter "2.1 Übergeordnete Informationen" erläuterten Formblätter inkl. der geforderten Anlagen und Nachweise von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft bzw. von Unternehmen nach § 36 VgV oder § 47 VgV einzeln einzureichen. Eventuell auftretende Fragen sind schriftlich per E-Mail an die im Abschnitt I.3) genannte Kontaktadresse zu richten oder über das Fragen- und Antworttool der Vergabeplattform zu stellen..

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Regierung von Mittelfranken
Promenade 27
Ansbach
91522
Deutschland

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Auf die Rügepflichten gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 4 GWB wird ausdrücklich hingewiesen, insbesondere auf die Frist des § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB: Danach ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Stadt Fürth - Baureferat - Zentrale Vergabestelle
Hirschenstraße 2
Fürth
90762
Deutschland
Telefon: +49 9119743131
Fax: +49 9119743139

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**